



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/118 - 23. Mai 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Rätselraten zu Amerikas künftige Verteidigungspolitik	S. 1
Argentinische Militärregierung in permanenter Krise	S. 4
Ein Verleumder wurde gestellt	S. 5
Vor 125 Jahren - das Fest von Hambach	S. 7
CDU-Finanzminister Dr. Koch - ein Marxist?	S. 9

An unsere Abonnenten!

Wir machen darauf aufmerksam, dass wir in unserer Freitag-Ausgabe einen Artikel von Dr. Dr. Heinemann über die Motive seines Beitritts zur SPD veröffentlichen werden.

Die Redaktion

Hoffnungen und Besorgnisse

Von unseren Korrespondenten in USA

"Wer rüstet wann ab, und was, und wie, und gegen wen?" Ein neues Gesellschaftsspiel ist im Gange, ein Verwechselt-das-Bäumelein auf dem Parkett der hohen Diplomatie, ein Blinde-Kuh-Spiel in den Wandelhallen des amerikanischen Parlamentes und des Glaspaketes der "Vereinten Nationen". Werden die Londoner Abrüstungsverhandlungen auf dem Umwege über beschränkte "Versuchsfelder" der "offenen Inspektion", entweder im Pazifik oder vielleicht auch im Herzen Europas, zu einer echten Kontrolle der Rüstungen (wenn auch damit noch nicht automatisch zu ihrer Reduktion) führen? Werden die Grossmächte endgültig alle ihre konventionellen Waffen zum alten Eisen werfen und sich endgültig auf eine Strategie der Wasserstoffbomben und der ferngelenkten Raketen mit atomarem Geschosskopf festlegen? Wird die Atomwaffe weiter ein Monopol der "Grossen Drei" werden oder wird sie auch in den Besitz kleinerer Mächte gelangen, also gleichsam "demokratisiert" werden? Wird die Welt zwar eines Tages in einer Abrüstungs-Atmosphäre erleichtert aufatmen können, dafür aber die Verewigung der Spaltung Deutschlands und Europas in Kauf nehmen müssen?

Das sind einige Fragen, die zur Beantwortung stehen. Wer weiss

23.5.1957

die Antworten? In dem grossen Rätselraten von heute hat sich bisher noch niemand durch Präzision, Klarheit und Allwissen ausgezeichnet, - und wenn man auf das labyrinthische Durcheinander blickt, das in den Kreisen der amerikanischen Regierung herrscht, und auf die Intensität der dort geführten Debatten um die Zukunft der amerikanischen Rüstungspolitik und Verteidigungsstrategie, - dann kann das den Beschauer auch nicht wunder nehmen. Niemand darf heute hingehen und behaupten, die Amerikaner würden fortan dies oder jenes tun, dies oder jenes unterlassen: nur ein Scharlatan kann kategorische Behauptungen aufstellen, solange Washington selber, das ganze offizielle Washington vom Präsidenten des Landes bis zum letzten Offizier im Generalstab, noch völlig im Dunkeln tappt.

Viele Elemente stossen in Washington zusammen und beeinflussen die künftige Rüstungspolitik, wobei sie oftmals in entgegengesetzten Richtungen zerrren. Die sparsüchtigen Parlamentarier möchten gerne an dem riesigen Haushalt des Verteidigungsministeriums einiges abstreichen, ohne sich den Ruf mangelnden Patriotismus' zuziehen zu müssen, und sie suchen daher krampfhaft nach einer "billigeren" Sicherheit. Ein anderes Element ist der, mehrfach vom Staatssekretär Dulles geäusserte Gedanke, dass man mit diesem System der "offenen Inspektion", die auf eine Idee Präsident Eisenhowers zurückgeht, die die Russen jetzt plötzlich nach jahrelangem Ablehnen zu akzeptieren scheinen, und deren Grundprinzip natürlich die Gegenseitigkeit ist, wohl am besten nicht auf einem Sektor des dichtbesiedelten Europas anfangen sollte, sondern als Versuch und erste "Zer-reissprobe" vielleicht in einer dünner besiedelten Region unseres Erd-balles, etwa im Pazifik, so dass der "offene" Sektor das amerikanische Alaska und ein ebenso grosses Stück vom östlichen Sibirien einschliessen würde. Und ein drittes Element ist die grosse barge Frage, wie sich eine "offene Inspektion" in Europa auswirken würde: eine "Verdünnung" der Bündnis- bzw. Besatzungsgruppen zu beiden Seiten des quer durch Deutsch-land führenden Eisernen Vorhanges könnte nun einmal, daran lässt sich nicht rütteln, zu einer Verewigung der "Demarkationslinie" zwischen Ost-deutschland und der Bundesrepublik führen - und damit politisch unan-nahmbar werden.

Nun hat Staatssekretär Dulles immer wieder, zuletzt auch beharrlich auf einer seiner Pressekonferenzen Anfang Mai, erklärt, dass das alles gar nicht beabsichtigt sei: nichts dürfe die deutsche Wiedervereinigung präjudizieren, jede Entmilitarisierung, Verdünnung von Truppenbeständen oder gar Neutralisierung deutschen Territoriums dürfe, wenn überhaupt, erst nach vollzogener Wiedervereinigung sprachreif werden. Aber Dulles' Chef, Präsident Eisenhower, war weniger klar; ebenfalls auf einer Presse-konferenz hat er sich die Bemerkung entschlüpfen lassen, dass der alte Eden-Plan eines demilitarisierten Strassens zu beiden Seiten der inner-deutschen Demarkationslinie eigentlich "ganz interessant" sei; am letzten Mittwoch meinte er, mit einem "grastischen Schritt" müsse der Anfang ge-macht werden, bei der Abrüstungsfrage dürfe man keine krähwinkelartigen Argumente vorbringen, man müsse es der Gegenseite ermöglichen, auf hal-tem Wege entgegenzukommen. Diese Bemerkungen stehen in deutlichem Gegen-satz zu den Befürchtungen des Generalstabschefs Radford und lassen eine Übereinstimmung mit den bekannten Plänen Stassens erkennen.

Es wird zur Zeit hitzig debattiert - und eine neue Politik steht noch nicht fest. Aber in diesem Durcheinander stehen doch einige wenige Grundtatsachen heute schon ziemlich sicher fest:

Die Erkenntnis, dass ein künftiger Krieg nicht mehr mit den

Waffen des letzten Krieges geführt werden wird, sondern mit Raketen und Atomwaffen, - und dass daher, solange man überhaupt noch zu rüsten hat, man auf diese nicht verzichten darf; die Erkenntnis, dass die effektive Anwendung dieser Waffen jeglichen Kriegsschauplatz der totalen Vernichtung unterwerfen muss, so dass der Sinn dieser Rüstung nur noch in der Abschreckung und Verhütung, nicht mehr aber in der tatsächlichen Anwendung besteht, - und dass die ganze Rüstung darum hinfällig wird, wenn der Abschreckungszweck nicht mehr erreicht werden kann; über kurz oder lang werden die Amerikaner der Rüstungspolitik des kritischen Weissbuches folgen, wenn sie es heute auch noch nicht zugeben, - und dass damit auch für die amerikanischen Gruppen, die in Europa stationiert sind, die Stunde des Rüstauswechels gegen atomare "Qualitätswaffen" schlagen muss. Und fest steht, dass kein Land auf Erden, auch das grösste und reichste nicht, mehr in der Lage ist, sich sowohl eine atomare als auch eine konventionelle Rüstung leisten zu können.

Das sind alles unerfreuliche Erkenntnisse, - aber es handelt sich ja nicht darum, ob man sie liebt oder hasst, sondern darum, dass sie unablässlich richtig geworden sind und sie niemand mehr bestreiten kann. Logischerweise sollte sich daraus ergeben, dass in diesem Stadium des Rüstungs-Toten-Rennens die Atmosphäre für Rüstungskontrolle oder Rüstungspause eigentlich ganz ausgezeichnet ist - und die Londoner Verhandlungen lassen das ja auch erkennen. Fraglich ist nur, wie weit man diesen Gesetzen einer elementaren Logik trauen soll.

Aus diesen Grunde sind Prophezeiungen heute räusig. Weder über die Verdünnung der Garnisonen, noch über ihre Ersetzung durch Atomwaffen, noch über Rüstungskontrolle oder Bündnisrevisionen liegt heute in Washington eine klare erdgültige Politik vor. Wie eine solche einmal aussehen wird, ist das Thema des grossen Rätselratens der Gegenwart.

* * *

Sender Strassburg:

"Es gibt keinen anderen Weg"

"Wie kann ein Atomkrieg entstehen: Ein Angriff durch die Sowjets ist die am wenigsten wahrscheinlichste Möglichkeit. - Viel wahrscheinlicher ist die Möglichkeit, dass die Grossmächte gegen ihren Willen in ihn hineinschlittern. - Geht das beiderseitige Wettüsten so weiter, so wird auch die Möglichkeit immer wahrscheinlicher, dass ein Krieg aus Versehen ausbricht. - Der Krieg kann aus einer einzigen falschen Nachricht hervorgehen, dass die Gegenseite unmittelbar davorstehe, einen Schlag zu führen. - Sind diese wahrscheinlichsten Kriegsursachen zu beseitigen? - Weltweite Bündnisse sind hierzu der am wenigsten geeignete Weg. - Russland und Amerika müssen sich im eigenen Interesse dazu verstehen, zwischen sich und den verschiedenen Gebieten der Welt Räume zuzulassen, in denen sie sich beide politisch nicht einmischen, und die Völker in diesen Räumen, in denen heute die Gefahr des Ausbruchs eines Konfliktes am grössten ist, müssen mit diesem Ziel im Auge bei den beiden Grossmächten die Initiative ergreifen. - Es gibt keinen anderen Weg zur Erhaltung des Weltfriedens als die Schaffung bündnisfreier, in ihrer Unverletzlichkeit von beiden Seiten garantierter Räume. Und man wird auch nicht zu einer wirklichen Abrüstung gelangen, bevor nicht dieser Weg beschritten worden ist. - "

* * *

23.5.1957

Bürgerkriegsgefahr?

Vor unserem lateinamerikanischen Korrespondenten

Buenos-Aires, Mitte Mai

Durch den Rücktritt des Kriegsministers Osorio Arana und seines Staatssekretärs Leguizamón Martínez ist die argentinische Militärregierung, die das traurige Erbe der peronistischen Diktatur angetreten hat, in eine neue Krise geraten. Es ist allein in diesem Jahr die dritte. In der ersten trat der Konteradmiral Riel zurück, in der zweiten der Luftwaffen-Commodore Krause und von der jetzigen wird die eigentliche Wehrmacht, das Rückgrat der Militärregierung erfasst. Aber es handelt sich nicht um einen Streit der einzelnen Wehrmachtsteile untereinander, sondern vielmehr um politische Divergenzen, die die Offiziere trennen.

Mit welcher Vehemenz sie ausgetragen werden, geht daraus hervor, dass der Amtsvorgänger des jetzt zurückgetretenen Kriegsministers, der General Bengoa, zur Zeit wegen eines Putschversuches in Haft sitzt. Auch ist charakteristisch, dass die gegenwärtige Krise mit dadurch hervorgerufen wurde, dass der erst seit sechs Monaten amtierende Staatssekretär in allen Truppenteilen eine Art politische Kommissare eingesetzt hatte, um regierungsfeindliche Truppenkommandanten zu überwachen. Es herrscht also Putschstimmung in Argentinische Garnisonen und angesichts der Kräfteverteilung muss mit der Gefahr eines Bürgerkrieges gerechnet werden, an dem allerdings die Staatsbürger nur zwangsweise teilnehmen würden.

Gleich welchen Parteien sie angehören, meinen die argentinischen Zivilisten, dass die Offiziere ihre Aufgabe erfüllt hatten, als sie den Diktator Peron mit Waffengewalt entfernten und dass es nun an der Zeit sei, die Staatsgewalt wieder denen zu übergeben, denen sie nie hätte genommen werden dürfen. Zwar liegt das feierliche Versprechen des provisorischen Präsidenten Aramburu vor, spätestens Mitte 1958 sein Amt an den verfassungsmässigen Präsidenten abzugeben, der im Februar kommenden Jahres gewählt werden soll. Aber wie die Dinge zur Zeit liegen, ist der mutmassliche Sieger des Wahlkampfes der einzig bisher nominierte Kandidat Dr. Arturo Frondizi vom linken Flügel der Radikalen Partei. Da er den liberalen und konservativen Offiziersklüngen nicht genehm ist, fördern sie unter der Hand einen Politiker namens Balbin, der zu einer rechten abgespaltenen Minderheit der Radikalen Partei gehört. Um ihm Zeit zu lassen zur Vorbereitung seiner Wahlkampagne, entstand der Plan, zunächst im Juli dieses Jahres die Mitglieder eines Rates zu wählen, der die

Verfassung und damit die Wahlordnung ändern soll, die allerdings noch aus den Zeiten des Peronismus stammt.

Währenddessen aber hat die provisorische Regierung ständig auf wirtschaftlichem, sozialem und aussenpolitischem Gebiet Entscheidungen von grundlegender Bedeutung zu treffen, die eigentlich weit über diesen engen Aufgabenkreis hinausgehen. Sie fällt sie in einer Weise, die niemanden zufriedenstellt, vor allem nicht die Anhänger Frondizis.

Die Offiziere, es handelt sich vor allem um jüngere in den mittleren Chargen, haben sich in einer Art politischer Clubs zusammengeschlossen, die sich Gorillas nennen. Der Rücktritt des Kriegsministers nur stellt einen Sieg der Gorillas über die konservativen Elemente dar, die nicht nur im Heer, sondern auch in der zivilen Verwaltung noch zahlreiche Vertreter an wichtigen Kommandostellen haben. Werden sie die erlittene Niederlage einfach zur Kenntnis nehmen? Und wie wird sich der antierende Staatspräsident General Aramburu verhalten, dessen Sympathien bei den konservativen Kräften liegen, wenn er auch immer wieder versuchte, als unparteiischer Leiter die auseinanderstrebenden Kräfte des Offizierskopfs zusammenzuhalten?

Angesichts der permanenten politischen Krise verschärfen sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes. Der argentinische Peso, der zu Beginn dieses Jahres in Zürich gegen 12,5 Rappen gewechselt wurde, erzielt jetzt nur noch 9. Die Verteuerung der importierten Waren beträgt daher rund 40 %, die interne Inflation ist noch stärker. Da die meisten Löhne und Gehälter durch Regierungsdekret eingefroren sind, hat sich der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine grosse Unruhe bemächtigt. Im Hintergrund lauert der gestürzte Diktator.

* * *

MdB Glüsing kniff

E.F. Frisch, fromm und freck hatte der Birkenscher Bundestagsabgeordnete Glüsing (CDU) Anfang März in einer Bauernversammlung in Wasbek, in Schleswig-Holstein, behauptet, "die SPD würde Zustände wie in der Sowjetzone schaffen, wenn sie zur Regierung in der Bundesrepublik käme." Die SPD würde mit einer "kalten Bodenreform" die Landwirtschaft zerstören. Dies sei aus den Anträgen des sozialdemokratischen Agrarpolitikers Kriedemann klar zu erkennen.

Angesichts dieser ungeheuerlichen Verleumdung wies der stellvertre-

23.5.1957

tende Bezirksvorsitzende der SPD, Albert Schulz, in einem Telegramm an Herrn Glüsing darauf hin, dass er "falsch Zeugnis wider seinen Nächsten" geredet habe und ersuchte Glüsing, in einer Versammlung in Wasbek in Gegenwart des sozialdemokratischen Abgeordneten Kriedemann seine Behauptungen zu verteidigen. Als Termin wurde Glüsing der 14. März genannt. Glüsing erklärte sich grundsätzlich bereit, am 14. März aber habe er keine Zeit. Darauf bot Schulz am 12. März Herrn Glüsing Montag, den 25., Dienstag, den 26., Mittwoch, den 27., Donnerstag, den 28., Freitag, den 29. und Sonntag, den 30. März zur Auswahl als Versammlungstermin an, sämtliche Termine in der sitzungsfreien Woche des Bundestages.

Glüsing erklärte durch Fernschreiben, an seiner grundsätzlichen Bereitschaft, mit Kriedemann zu diskutieren, ändere sich nichts, er sei jedoch nicht in der Lage, sich auf einen genauen Termin festzulegen, da die sitzungsfreien Tage des Bundestages bei ihm schon anderweitig belegt seien.

Darauf wurde sechs Wochen später, am 29.4., Glüsing von Schulz erneut aufgefordert, in der Zeit vom 13. bis 17. Mai die geplante Versammlung durchzuführen. Am 6.5. antwortete Glüsing, dass er die Sache als vorläufig erledigt ansah. Albert Schulz antwortete Herrn Glüsing, dass die SPD weder bereit, noch in der Lage sei, die Angelegenheit als erledigt anzusehen.

Darauf wurde vom Bezirksvorstand der SPD eine Pressekonferenz nach Kiel eingeladen, zu der Kriedemann erschien, zu der Glüsing trotz Einladung jedoch nicht kam. In dieser 1 1/2 stündigen Pressekonferenz setzte Abg. Kriedemann den fast vollzählig erschienenen Journalisten die Grundsätze sozialdemokratischer Agrarpolitik auseinander, die selbstverständlich nicht die agrarpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik schaffen will wie sie in der Sowjetzone bestehen, sondern der deutschen Landwirtschaft zur höchstmöglichen Leistungsfähigkeit verhelfen will.

Die erschienenen Journalisten folgten mit grossem Interesse den Ausführungen Kriedemanns und stellten zahlreiche Fragen. Der Bundestagsabgeordnete Glüsing, der wohl wusste, was ihm bei einer Auseinandersetzung mit Kriedemann geblüht hätte, wurde von ihr in Abwesenheit gerichtet.

Der Freiheit wurde eine Gasse getahnt

B.K., Neustadt/Weinstrasse

Am 27. Mai jährt sich zum 125. Male der Tag, an dem der Zug der 30 000 von Neustadt an der Haardt nach dem Hambacher Schloss aufbrach, um von den Zinnen der mittelalterlichen Burg gegen Fürstenwillkür und Kleinstaatererei, für Einheit und Freiheit zu demonstrieren. Sie waren keine Demokraten, die Männer von Hambach, die an diesen Tage um der Demokratie willen gehrt werden sollen. Nicht die Volksherrschaft hatten sie auf ihre Fahnen geschrieben: Frei sollte das Volk sein, frei die Presse und frei die Gerichte. Demokratie war in jenen Tagen des Vormärz ein Schreckgespenst des Bürgers, eine Sache der Strasse, mit der man sich keineswegs gemein machen wollte.

Zu tief sass dem deutschen Bürger der Schlachtruf der Grossen Französischen Revolution, "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", in den Knochen. Zwar stellten auch in Hambach die Bauern und Handwerker, die Kleingewerbetreibenden und Tagelöhner die machtvolle Kulisse des Volkes, aber sie durften lediglich die Wortführer der bürgerlichen Freiheiten - Advokaten, Studenten, Gutsbesitzer und Literaten - applaudieren. Noch war das Volk, war der "Pöbel", wie man damals allgemein sagte, Amboß und nicht Hammer. Das Ideal des Nachwächterstaates mit seiner Freiheit für Arme und Reiche, unter Brücken zu schlafen, wie Anatole France formuliert hat, stand um 1832 hoch im Kurs.

Einer war unter den 30 000, ein einfacher Bürstenmacher aus Frankenthal (Pfalz), der ahnen mochte, was den Deutschen die geschichtliche Stunde geschlagen hatte: Johann Philipp Becker, der spätere Gründer der Arbeiterbewegung in der Pfalz. Er sprach als junger Mann von 23 Jahren auf dem Hambacher Fest die prophetischen Worte: "Hinter den Verfügungen der Regierung stehen Bajonette und Kanonen. Hinter unseren Protestationen aber steht nichts. Darum werden die Verfügungen der Regierung vollzogen und bleiben die Protestationen des Volkes lächerliche Vorstellungen; wollen wir daher mit Erfolg protestieren, so müssen hinter unseren Protestationen ebenfalls Kanonen und Bajonette stehen."

"Doch leider auf Doktoren-Wort die starken Arme ruhten..." dichtete Becker sieben Jahre später, als die Flamme der Revolution längst von der Reaktion ausgetreten worden war. Und Heinrich Heine, der Freiheitsdichter der Deutschen, notierte in sein Tagebuch das spöttische Wort von Hambach:

23.5.1957

als dem "Bethlehem, wo Jung-Europa in der Wiege lag und weiterlösend greinte." Die Gesetzestreue der deutschen Professoren erwies sich stärker als ihr Freiheitsdurst. In Philadelphia hatte sich auf die Kunde von den Hambacher Ereignissen ein deutschamerikanischer Verein zur Unterstützung des Hambacher Festes gebildet. "Als die Amerikaner aber sahen", schrieb der in die Neue Welt emigrierte Wilhelm Seif aus Grönstadt, "dass die Deutschen nicht gesonnen waren, mit dem Schwert in der Hand sich die Freiheit zu erkämpfen, lösten sie den Verein wieder auf."

Und dennoch soll an diesem Tage der tapferen Männer aus dem Volke gedacht werden, denen keine dankbare Nachwelt ein Denkmal setzte und die gleichwohl ihr Eintreten für die Sache der Freiheit mit langjährigen Gefängnisstrafen, Verbannung oder wirtschaftlicher Bedrückung büßen mußten. Die Namen von 1 878 deutschen Patrioten waren in dem berüchtigten "Schwarzen Buch" verzeichnet, das die Frankfurter Zentralbehörde zur Bekämpfung revolutionärer Umtriebe 1838 veröffentlicht hatte. Unter ihnen viele Angehörige der sogenannten niederen Stände. Stellvertretend für alle mögen die Namen von zwei Handwerksgesellen stehen, die sich in Neustadt der Verhaftung des Dr. Wirth widersetzen: Adam Christoph Braun und Carl Blaufuß.

Sie bahnten der Freiheit in Deutschland eine Gasse, wenn auch die Resultate erst viel später zutage treten sollten. Ihre Zeit war noch nicht reif für die allgemeine Umwälzung im Deutschen Reich, von der Heinrich Heine überzeugt war, dass sie nur damals und während den Tagen des Hambacher Festes mit einiger Aussicht guten Erfolges hätte versucht werden können. Die Geschichte ist nicht bei den Forderungen der Hambacher stehen geblieben. Über die Freiheit schritt sie zur Verwirklichung der Gleichheit im sozialen Rechtsstaat. In der Weimarer Republik und in der Deutschen Bundesrepublik fanden sich Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Liberalismus zum versöhnenden Bunde, dessen befreiender Ansatz an jenen Tag vor 125 Jahren in Hambach sichtbar geworden war.

Peinliche Panne, oder: wohin Blindheit führt

sp - Der sonst so betulichen "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ist ein schlimmes Missgeschick unterlaufen, das nicht gerade geeignet ist, dem von ihr so gepflegten Ruf der Seriosität förderlich zu sein. In einer auch im Ton nicht sehr vornehmen Polemik wandte sie sich gegen den "sozialdemokratischen Abgeordneten" des niedersächsischen Landtages Koch, der "das ganze marxistische und sozialistische Repertoire an Argumenten aufgewärmt habe, um zu beweisen, dass die Sparer besser fahren, wenn der anonyme Staat und nicht sie selbst Mittelsitzer an aus Steuermitteln errichteten Unternehmen sind". Diese "abgedroschenen" Argumente seien durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Koch wiederum bereichert worden.

Es handelt sich hier, wie der aufmerksame Leser schon bemerkt haben dürfte, um den von der CDU beabsichtigten Ausverkauf des Volkswagenwerkes auf dem recht fragwürdigen Weg über die Schaffung von Volksaktien. Das Lieblingsblatt der deutschen Schwerindustrie ist, wie kann es auch anders sein, dafür, und das ist sein gutes Recht. Aber - und hier setzt der Haken ein - es sollte sich doch in der Vertretung des eigenen Standpunktes einer gewissen Sauberkeit befleißigen. Die FAZ polemisiert gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten Koch, den es in der niedersächsischen Metropole überhaupt nicht gibt - wohl aber einen CDU-Finanzminister gleichen Namens. Ein Blick auf das Handbuch des niedersächsischen Landtages hätte zur Aufklärung dieses Irrtums genügt. Oder war der Irrtum gewollt? An der Sache ist nur insofern etwas richtig, als, wie gesagt, der der CDU angehörende Finanzminister Dr. Koch kein Freund des CDU-Wahlzweckes ist, sich dem Ausverkauf des Volkswagenwerkes widersetzt - man kann nicht verteilen, was man nicht besitzt - und daraus auch in der Öffentlichkeit kein Hehl gemacht hat. Dies trug ihr selbst von CDU-Kreisen das Ättribut eines mutigen Mannes ein.

Der FAZ fiel es offenbar schwer, den CDU-Minister der "abgedroschenen" Argumente zu bezichtigen - also erfand sie "den sozialdemokratischen Abgeordneten". Von Fairness und Sauberkeit zeugt eine solche Polemik gewiss nicht ...

+ + +

Mitgliederschwund der Saar-CDU

sp - Seit Sonntag kommt das Telefon in der Landesgeschäftsstelle der CDU in Saarbrücken nicht mehr zur Ruhe. Sein Leiter hört immer nur den einen Satz: "Mit Datum vom 19. Mai 1957 betrachte ich mich nicht mehr als Mitglied der Union". Einige rissen auf offener Strasse ihre Mitgliedsbücher in Stücke und riefen: "Wenn Adenauer mit Hoffmann paktiert, dann ohne uns".

Die vom Bundeskanzler Adenauer befohlene, von Dr. Meyer und Arnold (vor welcher Entwicklung steht dieser christdemokratische Politiker noch?) auf dem Saar-CDU-Parteitag durchgepeitschte Ausschaltung Dr. Neys droht zu einer Existenzkrise der saarländischen CDU auszuwachsen. Das Wiederauftauchen des Saar-Separatisten Hoffmann auf der politischen Bühne erweckt politische Leidenschaften, wie sie nur vor der Saar-Abstimmung am 23. Okt. 1955 vorhanden waren. Ein grosser Teil der Saar-CDU betrachtet die Intervention Adenauers als einen Schlag ins eigene Gesicht, als einen Verrat an den Grundsätzen, für die die Saar-CDU unter Führung des so mit schönem Undank belohnten Dr. Ney gekämpft hatte. Die Absicht des Kanzlers, durch die von aussen aufgebotene und im Sinne von Hoffmann gelegene Zwangsvereinigung zwischen CVP und CDU seinen schwindenden Heerscharen gerade aus dem Saarland neuen Zuzug zu verschaffen, kann sich, wie die Dinge nun liegen, wohl als Fehlspekulation erweisen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Werkscheffel